



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

MIR UND BBU WOLLEN BEIM KLIMASCHUTZ KOOPERIEREN

02.06.2008 Fachinformation

Dellmann: "Wir wollen die Klimaschutzleistungen der Wohnungsunternehmen anerkennen" Potsdam – Brandenburgs Landesregierung hat am 20. Mai die Energiestrategie 2020 und das Maßnahmenpaket zum Klimaschutz beschlossen. Beide Beschlüsse sind eine große Herausforderung und haben Auswirkungen auf Kommunen und Wohnungsunternehmen. Ein großes Einsparpotenzial liegt u.a. auch in der energetischen Gebäudesanierung. An einer gemeinsamen Tagung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (MIR) und des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) am 2. Juni 2008 nahmen Vertreter der Kommunen und von BBU-Mitgliedsunternehmen teil. Neben der Vorstellung der Klimaschutzpläne des Landes stand die Präsentation erfolgreicher Klimaschutzprojekte von brandenburgischen Wohnungsunternehmen im Mittelpunkt der Veranstaltung mit dem Titel "Energieeffizienz in Wohngebäuden - ein Beitrag für den Klimaschutz im Land Brandenburg". Die Veranstaltung diente dem Erfahrungsaustausch und der weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft bei der Umsetzung der klimapolitischen Vorgaben der Bundesregierung. "Die für Umwelt und Mieter besten Erfolge werden nur dann erzielen, wenn MIR und Wohnungswirtschaft kooperieren", so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Dellmann betonte, dass die Wohnungsunternehmen bereits viel für den Klimaschutz täten. Diese Leistungen müssten bei der Umsetzung der verschärften Anforderungen des Bundes an den Gebäudebestand zur Erschließung noch vorhandener Energieeinspar- und Klimaentlastungspotenziale berücksichtigt werden. Bezogen auf den Bereich "Private Haushalte" habe die Landesregierung daher beschlossen, vorrangig die Verordnungen des Bundes zur Energieeinsparung umzusetzen. Oberstes Ziel der Landesregierung sei, dass Wohnen in Brandenburg auch weiterhin bezahlbar bleibe. Dellmann: "Klimaschutzmaßnahmen müssen immer nachhaltig und wirtschaftlich sein. Wir wollen außerdem auch die Kommunen unterstützen, soziale Infrastruktureinrichtungen energetisch zu sanieren. Dazu haben wir eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund abgeschlossen, mit der es in den nächsten fünf Jahren möglich ist, 12,6 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel für Kitas, Schulen sowie sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen zu bewilligen. Mit den Modellvorhaben im Stadtumbau wollen wir den Wissenstransfer zur Energieeinsparung und Energieeffizienz anstoßen." Burkardt benannte für die Klimaschutzleistungen der Wohnungsunternehmen konkrete Zahlen. "Unsere brandenburgischen Mitgliedsunternehmen haben seit 1991 über zehn Milliarden Euro in die Verbesserung ihrer Bestände investiert. Mittlerweile sind rund 85 Prozent teilweise oder umfassend modernisiert." Die CO₂-Emissionen der heute bewirtschafteten Wohnungsbestände seien daher seit 1990 um mindestens 35 Prozent gesenkt worden. "In den modernisierten Beständen haben wir sogar eine Verringerung von CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch um etwa 50 Prozent." Für die Wohnungsunternehmen hätten energetische Sanierung und damit auch Klimaschutz allein schon aus Vermietbarkeitsgründen einen hohen Stellenwert. "Deshalb setzen unsere Unternehmen beim Klimaschutz auch weiterhin auf Freiwilligkeit. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Investitionen auch wirtschaftlich sind." Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

